



Information zur Datenerhebung und –verarbeitung nach Art. 13 EU-DSGVO

- Kommunalen Kindergarten

Stadt Waibstadt

Information zur Datenerhebung und –verarbeitung nach der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO)

Kindergärten

Stadtverwaltung	Stadt Waibstadt vertreten durch den Bürgermeister Joachim Locher Postanschrift: Hauptstraße 31 74915 Waibstadt E-Mail: buergermeister@waibstadt.de Telefon: 07263 9147-0
Kontakt Daten des Behördlichen Datenschutzbeauftragten	E-Mail: datenschutz@waibstadt.de Telefon: 0711/810814444
Zweck der Verarbeitung und Rechtsgrundlage	Die personenbezogenen Daten werden zu nachfolgendem Zweck verarbeitet: Übermittlung von Anliegen, die an die Kindertagesstätte oder den Träger gerichtet sind und ihrer bzw. seiner Verantwortung unterliegen. Das sind bspw. Kitaanmeldungen, Einwilligungserklärungen, Aufnahmebögen, Gruppenbücher, Beobachtungs-aufzeichnungen für Entwicklungsgespräche oder Änderungsverträge und weitere bereitgestellte Möglichkeiten. Die Rechtsgrundlage(n) zur Verarbeitungstätigkeit bildet der Art. 6 Abs. 1 a, b DSGVO. Sofern die bzw. der Verantwortliche Daten zu einem anderen als ursprünglich angegebenen Zweck verarbeiten muss, wird die betroffene Person nach den Maßgaben des Art. 13 Abs. 3 DSGVO informiert.
Dauer der Speicherung	Die Daten werden ab sofort und nur so lange gespeichert, wie dies für die Erreichung des genannten Zwecks erforderlich ist oder gesetzliche Aufbewahrungsfristen eine Speicherung vorschreiben.
Empfänger der personenbezogenen Daten	Die Übermittlung von personenbezogenen Daten erfolgt ausschließlich auf Grundlage gesetzlicher Bestimmungen oder mit Einwilligung der betroffenen Person: Zur Erfüllung es Zwecks ist grundsätzlich keine Offenbarung personenbezogener Daten gegenüber Dritten erforderlich. Ist dies in Einzelfällen notwendig, erfolgt eine gesonderte Information zu den gesetzlichen Bestimmungen oder auf Grundlage einer zusätzlichen Einwilligungserklärung.

	<p>Eine gesonderte Information oder zusätzliche Einwilligungserklärung entfällt für die Übermittlung personenbezogener Daten an das Gesundheitsamt beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis zur Erfüllung der Verpflichtung zur Kinder- und Jugendgesundheit und zur Zahngesundheit nach dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst. Die Weitergabe einer Bescheinigung zur Übernahme des Elternbeitrags nach dem SGB VIII an das Landratsamt erfolgt nach entsprechender Beauftragung durch die / den Sorgeberechtigten und bedarf daher keiner zusätzlichen Einwilligung. Der eventuell zur Zweckerfüllung erforderliche Austausch personenbezogener Daten zwischen Organisationseinheiten innerhalb, stellt keine Übermittlung dar.</p>
Gesetzliche oder vertragliche Verpflichtung zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten	<p>Es besteht keine Pflicht der betroffenen Person zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten. Bei unzureichender Bereitstellung erforderlicher personenbezogener Daten kann durch den Träger jedoch keine Aufnahme eines Kindes in die Kindertageseinrichtung erfolgen, da er nach dem Kindertagesbetreuungsgesetz konkrete Aufgaben zu erfüllen hat.</p>

Ihre Betroffenenrechte

Sie haben das Recht,

- eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 EU-DSGVO aufgeführten Informationen
- unverzüglich die Berichtigung der Sie betreffenden unrichtigen personenbezogenen Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 EU-DSGVO)
- zu verlangen, dass Sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 EU-DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft
- die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 EU-DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist
- aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Widerspruch einzulegen (Art. 21 EU-DSGVO)
- sich beim Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg (Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart; Tel: 0711/615541-0; E-Mail: poststelle@fdi.bwl.de) zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die EU-DSGVO oder das LDSG verstößt (Art. 77 EU-DSGVO).